

**Redemanuskript von
Carsten Burckhardt, Regionalleiter Region Westfalen
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
für die DGB-Kundgebung am 1. Mai 2013 in Bochum**

Es gilt das gesprochene Wort

Für mich geht heute ein Kindheitstraum in Erfüllung.
Ich komme aus Nordhessen und ich kannte Bochum nur aus dem Fernsehen
und von den Platten von Herbert Grönemeyer.
„4630 – Bochum“ von Herbert Grönemeyer war eine meiner ersten CDs

Tief im Westen,
wo die Sonne verstaubt!
Ist es besser, viel besser, als man glaubt!
und weiter:.
Du bist keine Schönheit,
vor Arbeit ganz grau!
Liebst dich ohne Schminke;
bist 'ne ehrliche Haut;
leider total verbaut,
aber gerade das macht dich aus!
Du hast'n Pulsschlag aus Stahl.
Man hört ihn Laut in der Nacht.
Bist einfach zu bescheiden!
Dein Grubengold hat uns wieder hochgeholt,
du Blume im Revier!

Als Kind einer Arbeiterfamilie, einer Gewerkschafterfamilie, bewunderte ich das Ruhrgebiet für die Traditionen.
Die Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet und dann noch in einer Metropole wie Bochum, das beflügelte meine Fantasien, gab und gibt mir noch heute Kraft und Spaß für meine Gewerkschaftsarbeit.

Seit 2012 leite ich nun die Geschicke der IG BAU in Westfalen und bin stolz, ein Teil der Gewerkschaftsfamilie in der Ruhrgebietsmetropole sein zu dürfen.

Gute Arbeit. Sichere Renten. Soziales Europa.
So lautet unser Motto für den 1. Mai 2013.
In der ganzen Bundesrepublik erheben wir heute unsere Stimme: Wir wollen die Chance auf ein Leben mit guter Arbeit, Sicherheit und Perspektive.
Und zwar für alle Menschen in Bochum, Deutschland und Europa!

Und wenn wir uns den Zustand Europas heute –
am 1. Mai 2013 – anschauen, dann ist klar:
Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen wir uns einmischen.
Das gemeinsame Europa ist ein einzigartiges Projekt.

Gerade uns Deutschen hat es Frieden, wirtschaftliche Entwicklung und

Freundschaft mit unseren Nachbarn gebracht. Das gilt es zu schützen und zu bewahren!

Wir bekennen uns zu Europa und zum Euro als gemeinsamer Währung. Unsere Wirtschaft profitiert davon wie kaum eine andere. 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die 17 Länder mit Euro-Währung. Insgesamt über 60 Prozent des deutschen Exports gehen in alle EU-Länder.

Zu einem gemeinsamen Europa gehört aber eben mehr als die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen.

Das Projekt Europa kann nur gelingen, wenn es ein soziales Europa ist! Vor allem: wenn die Menschen auch das Gefühl haben, dass es einigermaßen gerecht zugeht!

Und genau dieses Gefühl haben die Menschen derzeit nicht!

Wie auch?

Europa ist in der größten Krise seit den Anfängen der 50er Jahre: Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien werden von den Finanzmärkten unter Beschuss genommen. Ganze Volkswirtschaften drohen abzustürzen.

Was wir gegenwärtig in Europa erleben, ist der vorläufige Höhepunkt einer Politik organisierter Verantwortungslosigkeit.

So wird Europa nicht gerettet, so wird Europa zerstört! Und das dürfen wir nicht zulassen!

Haben etwa wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Finanzkrise verursacht?

Haben wir uns an den Finanzmärkten verzockt?

Sind wir Arbeitnehmer schuld, dass die Finanzmärkte mittlerweile auf die Pleite ganzer Staaten spekulieren?

Kolleginnen und Kollegen, das ist doch absurd!

Wir wissen ganz genau, wer dieses Desaster zu verantworten hat.

Und deshalb werden wir nicht akzeptieren, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Suppe auslöffeln, die Finanzjongleure und Banker uns eingebrockt haben!

Griechenland, Spanien, Italien sollen wieder auf die Beine kommen, indem man dort Arbeitnehmerrechte und die Gewerkschaften schwächt?

Das ist skandalös!

Die Opfer der Krise werden weiter mit neuen Zumutungen belastet, die Ursachen werden nicht angegangen und die wahren Verursacher kommen ungeschoren davon.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel.

Wir erwarten, dass die europäischen Regierungen endlich gemeinsam Verantwortung übernehmen – und zwar für ganz Europa!

Europa braucht einen wirtschaftlichen und demokratischen Neuanfang. Die Menschen müssen spüren, dass es eine Idee davon gibt, wie es wieder aufwärts – und nicht nur abwärts - gehen kann!

Der so genannte Marshallplan und die Streichung alter Schulden, haben nach 1945 dafür gesorgt, dass Westeuropa und Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine kamen.

Nur deshalb ist Deutschland bis heute ein wirtschaftlich erfolgreiches Land. So etwas brauchen nun auch die Krisenstaaten.

Aber auch sie werden das nicht allein stemmen können. Wir fordern deshalb einen gemeinsam finanzierten europäischen Marshallplan für alle schwächeren Gebiete und die Krisenstaaten in Europa.

Die meisten Griechen hielten nie etwas von den schuldenfinanzierten Prahlvorhaben oder Subventionen für ohnehin schon reiche Menschen. Wie wir.

Sie waren auch nicht dafür, dass ihre Reichen keine Steuern zahlen mussten. Wie wir.

Sie wählten oft schon Politiker, die versprachen, das zu ändern. Wie wir.

Und nichts passierte. Wie auch so oft hier.

Die meisten von ihnen arbeiten hart für jeden Cent. Wie wir.

Und zahlen Steuern. Wie wir!

Bei höheren Preisen als in Deutschland sind die Gehälter und angeblichen Luxusrenten für Arbeiter und kleine Angestellte niedriger als hier.

Und die werden jetzt noch drastisch gekürzt. Und das ohne Hartz und Grundsicherung!

Die angebliche Eurorettung durch Kaputtsparen und massive Kürzungen von Renten und Sozialleistungen ist ein Irrweg.

In Griechenland und Portugal liegt die Arbeitslosenquote bereits bei mehr als 26 Prozent.

Noch schlimmer ist das bei den jungen Menschen: mehr als 50 Prozent der Jugend in Griechenland und Spanien hat keine Arbeit und damit keine Perspektive.

In Portugal und Italien sind es über 30 Prozent.

Man spricht dort schon von einer verlorenen Generation.
Und das betrifft auch diejenigen, die gut ausgebildet sind.

Was mich zudem bedrückt ist, dass sich in Deutschland viele Menschen unterjubeln lassen, dass angeblich alle Griechen auf unsere Kosten auf der faulen Haut liegen und viel zu viel verdienen.

Mit verzerrten Berichten in der Zeitung mit den vier Buchstaben, anderen Zeitungen und Medien wird dieses falsche Bild bewusst produziert.

Was sie allesamt treiben, ist ein Spiel mit dem Feuer.
So etwas gefährdet nicht nur Europa, es gefährdet langfristig den Frieden!

Ich rufe Euch deshalb auf:
Bitte hinterfragt das, was Euch erzählt wird. Versucht Euch ein objektives Bild zu machen. Haltet so gut wie es geht dagegen, auch wenn das unbequem ist.

Wir brauchen in Deutschland und Europa endlich einen entschiedenen Kurswechsel in der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Und deshalb gilt in Griechenland, in Spanien und überall in Europa: Anstatt bei Armen und den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen zu kassieren, brauchen wir ein effektives und gerechtes Steuersystem.

Europa braucht mehr Solidarität. Nicht weniger.

Die Forderungen der DGB-Gewerkschaften dazu sind klar:

Wir wollen, dass Arbeit sicher und fair ist.

Der Arbeitsmarkt muss endlich wieder in Ordnung gebracht werden.

Schluss mit Armutslöhnen, dem Missbrauch von Leiharbeit.

Schluss mit allen Auswüchsen prekärer Beschäftigung.

Wir brauchen Berufseinstiege in gute und sichere Arbeit für die Junge Generation!

Wir brauchen Perspektiven für ältere Menschen, gesund und zu fairen Bedingungen in die Rente zu kommen!

Wir wollen ein gerechteres Steuersystem!

Da dürfen auch die Erbschaftssteuer und ein höherer Spitzensteuersatz keine Tabus sein.

Und es ist höchste Zeit, endlich eine Finanztransaktionssteuer einzuführen!

Das alles wäre mal gute Politik!

Das sind die Ziele und Maßnahmen, die den Bedürfnissen einer Mehrheit der Menschen entsprechen.

Deshalb muss der Kurs in diese Richtung verändert werden!

Wir wollen, dass der Wert der Arbeit anerkannt wird!

Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind denkende und fühlende Menschen und wir wollen auch als solche behandelt werden.

Es sind immer Menschen, die arbeiten. Und für uns bleibt es dabei: Menschen sind wichtiger als Finanzmärkte.

An ihnen hat sich die Politik auszurichten, nicht an den Finanz-Märkten!

Menschen sind wichtiger als Finanzmärkte.

Seit dem Herbert Grönemeyer 1984 sang:

„Bochum - hier, wo das Herz noch zählt – nicht das große Geld“ ist viel Zeit vergangen und ist auch vieles passiert.

Hier und heute stehen Kolleginnen und Kollegen, die bei Opel in Bochum oder bei den Opel-Zulieferer- und Servicebetrieben arbeiten.

Die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren und Jahrzehnten ihr Bestes gegeben haben und auch heute noch tun.

Die Kolleginnen und Kollegen, die ein Werk, eine Stadt, eine Region mit Leben gefüllt haben.

Mit Herzblut Opelaner waren.

All` die Menschen und deren Familien, die am General Motors Konzern hängen und nun zum Spielball eines ganz beschissenen Spieles werden.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme vom Bau, bin Gewerkschafter und spreche so, wie ich mich fühle und was ich denke.

Mein Herz blutet und ich könnte gar nicht so viel essen, wie ich kotzen müsste.

Ich weiß, was es heißt Zukunftsängste zu haben.

Ich weiß, was es bedeutet Angst davor zu haben, seine eigene Familie nicht ernähren zu können.

Ich kenne das Gefühl der eigenen Ohnmacht.

Ich kann mir gut vorstellen, dass viele von Euch nachts nicht schlafen können und sich gerädert morgens zur Arbeit quälen, um darauf zu warten, dass irgendein Wunder geschieht.

Das einige von Euch Angst haben, Zeitung zu lesen, weil zu befürchten ist, dass irgendein neues Schwein durch's Dorf getrieben wird.

Ihr seid nicht alleine mit diesen Gefühlen:

Die Beschäftigten vom Bau, die Beschäftigten aus der Industriellen Dienstleistung und der Gebäudereinigung fühlen mit Euch. Sie kennen das aus eigener Erfahrung.

Im Bauhauptgewerbe wurden seit Mitte der 90iger Jahre bis heute 800.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Es gab mal 1,5 Millionen Beschäftigte am Bau.

Alleine das große Unternehmen Heitkamp aus Herne hatte mal 10.000

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und hat heute, wenn es hoch kommt, noch 1.000 Beschäftigte.

800.000 verlorene Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. 800.000 Menschen und deren Familien, die Opfer einer langanhaltenden Krise geworden sind.

Die seit 2008 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Automobilmärkte in Europa ganz hart und ganz tief getroffen.

Und es stellen sich eine Reihe von Fragen...

Warum hat die Mutter GM entschieden, dass Opel nur den europäischen Markt bedient?

Warum nicht auch den asiatischen Markt?

Warum gab es seit 14 Jahren sieben Chefs?

Warum hat die Konzernleitung nicht längst Opel durch Qualitätsverbesserungen und Innovation zukunftssicherer gemacht?

Was ist mit den Opel-Gewinnen aus besseren Tagen, die in die USA geschafft wurden? Warum werden die heute nicht eingesetzt, um die Arbeitsplätze auch hier in Bochum zu halten?

Was ist mit den gesamten Opel-Patenten, die in den Händen von GM sind?

Sind die Patente, Erfindungen und Verbesserungen und deren Werte der Grund, warum General Motors Opel auch nie an einen anderen Autokonzern veräußern wird und was wahrscheinlich die Rettung von Opel sein würde?

Was tut wer, um euren Arbeitsplatz zu retten?

Fragen über Fragen. Kaum Antworten.

Wir dürfen aber die wahren Schuldigen nicht aus den Augen verlieren. Die wahren Schuldigen.

Das sind die Manager und Finanzhaie in den USA, in Europa und in Deutschland. Sie spielen Monopoly.

Sie zocken, egal ob das bei NOKIA, Siemens, bei BenQ, Outokumpu, bei Opel oder bei anderen Betrieben und Konzernen ist.

Es ist diesen Finanzmonstern egal, was der Kollege, die Kollegin hier in Opel Bochum oder in einem der Zuliefererbetriebe nun macht.

Es ist diesen Zockern egal, ob und wie ein Opel-Beschäftigter seine Familie zukünftig ernähren soll.

Was für Zukunftsperspektiven hier am Arbeitsmarkt herrschen.

Wie nun die betroffenen Familien ihren Kindern und Enkeln eine Zukunft sichern sollen.

Das - das ist diesen Finanzhaien scheiß egal.

Hauptsache der Rubel rollt in die eigene Tasche.
Und das bitte nicht zu knapp.

Das ist und bleibt unverantwortlich.

Das ist und bleibt eine große Sauerei.

Bis zu 40.000 Menschen sind nun von der Werksstilllegung betroffen. Von der Stammebelegschaft in den verschiedenen Werken der Reinigung, der Industriellen Dienstleistungen über große und kleine Zulieferbetriebe, bis hin zur Imbissbude.

Bochum wird erneut Opfer von Strukturproblemen, die es nicht selber verursacht hat. Nach Siemens, Vogt electronic, BenQ nun Opel. Morgen vielleicht Outokumpu? Wir hoffen nicht.

Wir alle sind heute und morgen Opel.
Opel steht als Synonym für unverantwortliches Handeln des Großkapitals.

Liebe Metallerinnen, liebe Metaller, liebe Kolleginnen und Kollegen von Opel und von den Zuliefererbetrieben von Opel.

Eines habe ich seit frühster Jugend gelernt.
Den geraden, aufrechten Gang, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit.

Diese Werte hat mir meine Mutter mit auf den Weg gegeben – und dafür bin ich ihr bis heute dankbar.

Ich stecke in der Materie Opel nicht im Detail.
Habe an keinen Gesprächen teilgenommen.
Ich bin aufmerksamer Zeitungsleser und Beobachter.
Ich will die Spekulationen nicht weiter anheizen oder kluge Empfehlungen geben.

Aber bitte kämpft! Kämpft gemeinsam mit Eurer Gewerkschaft Seite an Seite.
Lasst Euch nicht spalten.

Und seid Euch eines gewiss:

Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aller Einzelgewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund sind heute und in Zukunft alle Opel.

Wir stehen Euch und Euren Familien zur Seite und werden für jeden einzelnen Arbeitsplatz am Standort, gemeinsam mit Euch, gemeinsam mit der IG Metall in Bochum kämpfen.

Und das gilt für alle Arbeitsplätze aller Betriebe in dieser wunderschönen Ruhrgebietsmetropole.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen keinen Arbeitsmarkt haben, der in der Mitte glatt zerrissenen ist:
Nur noch sehr schlechte oder sehr gute Jobs - nichts dazwischen.
Eine Hälfte prekär und billig, eine Hälfte als gesuchte Fachkräfte und Spezialisten.
Keine Lebensperspektiven für die einen, beste Möglichkeiten für die anderen.

Das ist kein gerechter Arbeitsmarkt!

Da werden noch mehr junge Menschen abgehängt.

Da werden noch mehr Menschen ausgegrenzt.

Da werden die braunen Ideologen und die Rechtspopulisten noch mehr Zulauf bekommen.

So, wie wir das jetzt schon in vielen Ländern Europas sehen. Wir müssen das stoppen!

Apropos Rechtspopulisten

Wie viele Maifeiertage müssen – und wollen – wir es noch hinnehmen, dass dieses braune Geschmeiss an unserem Feiertag unter Gerichts- und Polizeischutz demonstrieren darf?

Und wie viel muss noch über die Verbrecherpartei NPD herauskommen, damit sich Politik und Gerichte endlich zu einem Verbot durchringen?

Am 2. Mai 1933 stürmten die Nazis überall in Deutschland die Gewerkschaftshäuser.

Morgen jährt sich dieser Terrorakt zum 80. Mal.

Den Nazis spielte die Spaltung der Gewerkschaften in unterschiedliche Richtungen und das Zaudern vieler Gewerkschaftsführer in die Hände.

Bei der Vernichtung der Gewerkschaften machten die Nazis keinen Unterschied.

Viele Gewerkschafter, ob hauptamtlich, Betriebsrat oder einfaches Mitglied, ob christlich, kommunistisch oder sozialdemokratisch, wurden dabei ermordet, verwundet oder in KZs geschafft.

Alle Gewerkschaften wurden zerschlagen und die Betriebsräte aufgelöst.

Arbeiter hatten bei den Nazis keine Rechte mehr.

So war es damals und das wollen die Nazis immer noch!

Und 1945 war ja nicht Schluss mit dem Nazipack.

Es gibt sie immer noch und nicht nur in Ostdeutschland.

Ich frage:

Muss ich über die Wahlkampfkostenerstattung mit meinen Steuern weiter Hetzplakate der NPD und die NPD insgesamt finanzieren?

Ich sage: Nein!

Diese Partei muss sofort verboten werden.

Was braucht die Bundesregierung denn eigentlich noch, um endlich das Verbotsverfahren einzuleiten?

Fast jedes Wort dieser Partei ist verfassungswidrig, denn es richtet sich gegen die Menschenwürde vieler Millionen Menschen.
Um das festzustellen, brauche ich keine V-Leute.
Dafür muss ich nur ihre Flugblätter lesen und Hetzreden anhören!

Und was muss noch passieren, damit unsere Justiz Nazidemos verbietet?

Man weiß doch vorher, dass da braune Parolen gerufen und Hetzplakate gezeigt werden und die Reden volksverhetzend und rassistisch sind.
Das ist alles strafbar, aber zu Anklagen kommt es fast nie.

Das hat es alles schon mal gegeben, nämlich vor rund 90 Jahren.
Und 1933 kamen die Nazis dann an die Macht!
Das darf nicht wieder passieren!

Wir können uns nicht wegducken, denn für die Nazis ist alles, für was wir stehen, falsch.
Wir müssen Courage zeigen, solange das noch möglich ist!

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen.

Alle Menschen besitzen ihre Würde.

Nicht umsonst haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes im Artikel 1 manifestiert:
Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Und im Mittelpunkt jeglicher Politik hat die Würde des Menschen zu stehen.

Und die Würde des Menschen hat auch nicht vor den Toren der Fabriken, der Werkshallen, der Baustellen, Reinigungsobjekten, der Büros und der Verwaltungen Halt zu machen.

Wir als Gewerkschaften fordern faire und gute Arbeit.
Dazu gehört, dass man ohne große Sorgen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.

Unser positives Leitbild, unsere Vorstellung von Arbeit ist klar:

Gut, sicher, qualifiziert und anständig bezahlt
Unbefristet und tarifgebunden
Mit guter Aus- und Weiterbildung, mit der Chance sich zu entwickeln
Gesund bis zur regulären Rente
Mit Mitbestimmung und Demokratie.

Das ist unser sicherer Maßstab. In betrieblichen Konflikten, bei Tarifrunden und gegenüber der Politik! Damit werden wir uns weiter einmischen!

Dazu benötigen wir gesetzliche und verlässliche Rahmenbedingen.

Politische Rahmenbedingungen werden per Gesetz durch unsere Politikerinnen und Politiker gestaltet.

Wir haben in diesem Jahr die Bundestagswahl.

Vorab kann ich Euch schon einmal eines sagen:
Wer nicht wählen geht, der wählt garantiert die Falschen.

Deshalb geht wählen.
Aber Ihr müsst wissen:
Das Kreuz, das der Wähler am Wahltag macht, dass muss er selber tragen.

Eines der heißen Themen in diesem Wahlkampf ist und wird das Thema Rente sein. Zu Recht.

Ob jung – und noch viele Jahre oder Jahrzehnte Arbeit vor der Brust oder schon älter und kurz vor oder schon in Rente.
Eines ist klar: Eine Rente muss zum Leben reichen. Punkt.
Das, was vielen Menschen ins Haus steht, ist ein Schlag mitten ins Gesicht – Jahrelang gebuckelt, malocht, alles gegeben und dann mit einer Mini – Rente abgespeist werden? Das ist nicht fair – das darf nicht passieren.

Während viele über 50 gerne Arbeit hätten, aber keine finden, tut auch diese Regierung wieder so, als könnte jeder ältere Beschäftigte Arbeit finden.
Das wird mit den zurückgehenden Arbeitslosenzahlen bei Älteren begründet.

Die Rente mit 67 sei deshalb kein Problem, sagt Ursula von der Leyen. Aber das ist eine Mogelpackung.

Immer mehr ältere Langzeitarbeitslose werden als Arbeitslose aus der Statistik entfernt, weil ihnen die Agentur für Arbeit 12 Monate lang kein Jobangebot machen konnte oder weil sie irgendwann einen 450-Euro-Job finden und nur noch ergänzende Hartz-Leistungen bekommen.

Ab einer Stunde Arbeit pro Woche wird man nicht mehr mitgezählt.

Das Resultat dieser Rechenkünste:
die Beschäftigungsquote der Älteren steigt rechnerisch stark. Tatsächlich aber tut sich viel weniger.

Viele, die ihre Knochen ab 15 Jahre bei harter Arbeit zu Markte getragen haben, sind mit 58 viel zu kaputt, um noch bis 67 oder auch nur bis 65 durchzuarbeiten.

Sie haben mehr als 40 Jahre gearbeitet und eingezahlt.
Den Zugang zu Erwerbsunfähigkeitsrenten gibt es für sie kaum noch.

Sie sollen mit Hartz IV die Zeit bis zur Rente überbrücken, die sie häufig gar

nicht mehr bekommen, weil sie früher sterben.
Und wenn sie sie bekommen, ist sie oft zu gering.
Und die Rücklagen sind dank Hartz IV alle weg.

Altersarmut trotz mehr als 40 Jahren harter Arbeit und Beitragszahlung – ist das der richtige Dank unserer Gesellschaft? Wohl kaum!

Wir als Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt fordern:

Abschlagfreie Rente nach 44 Versicherungsjahren

Schluss mit „Rente mit 67“

Die Erwerbsminderungsrenten müssen in Höhe und Zugang reformiert werden.

Und wir fordern eine staatliche Unterstützung für ein tarifliches

Altersübergangsgeld.

Jeder einzelne Punkt des Forderungspakets schafft mehr Sicherheit und bessere Renten!

Für die IG BAU ist und bleibt die Bürgerversicherung die einzige klare Perspektive:

- Alle sind abgesichert, wenn alle zahlen
- Solidarische Renten sind möglich, wenn Reiche stärker beteiligt werden!

Für uns steht fest:

wer ein Leben lang hart gearbeitet hat und Rente bekommt, der muss auch von seiner Rente leben können.

Altersarmut ist für uns keine Perspektive!

Und darum geht es bei der Bundestagswahl für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gerechtigkeit und Würde!!

Schaut Euch die Kandidatinnen und Kandidaten genau an.

Da gibt es so einige Abgeordnete, die kennen nur 4 Bänke:

Schulbank,

Studienbank,

Parlamentsbank,

Deutsche Bank.

Deutschlands wichtigste Bank – die kennen sie nicht.

Und das ist immer noch die Werkbank.

Die Menschen, die an den Werkbänken, auf den Baustellen, in den Reinigungsobjekten arbeiten, die kennen sie nicht.

Wählt deshalb als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bitte die

Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für
Faire Arbeit, sichere Renten und ein soziales Europa einsetzen.

Die Mitglieder unserer Gewerkschaften haben ihre parteipolitische Heimat in
unterschiedlichen demokratischen Parteien.
Als Einheitsgewerkschaft ist das unsere Stärke!

Aus dieser politischen Vielfalt heraus messen wir alle Parteien daran, ob sie für
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas voran bringen.
Das Parteiensystem ist in Bewegung.
Das ist eine Chance für eine produktive Auseinandersetzung um das Thema
„Gute Arbeit“.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich in den Betrieben
selbstbewusst für sichere und gute Arbeit ein.
Und genauso selbstbewusst sollten wir uns im September an der
Bundestagswahl beteiligen. Das lohnt sich!

Deshalb bitte ich Euch: Geht wählen und überzeugt auch Eure Freunde und
Kollegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, sofern sie noch
unentschlossen sind!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei allen berechtigten Anforderungen an die Politik, müssen wir uns auch damit
beschäftigen, was wir als Gewerkschaften tun können, um auch in 10 oder 20
Jahren die starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein.

Die anstehenden Aufgaben werden wir nur bewältigen, wenn sich unsere
Betriebs- und Personalräte auf eine breite Mitgliederbasis stützen können.
Und deshalb müssen wir weiter alles tun, um die Stärke der Gewerkschaften zu
erhalten.

Wir als Gewerkschaften haben die richtigen Themen!
Und wir haben Antworten, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der
Menschen konkret zu verbessern!

Wir reden nicht nur von fairer Teilhabe, wir gestalten sie. Wir beschreiben nicht
nur die Probleme –
Wir sind in der Lage Lösungen durchzusetzen!

Der Bundestagswahlkampf läuft auf Hochtouren.
Wir sind im Vorfeld von Wahlen zwar schon öfter enttäuscht und getäuscht
worden.

Aber durch noch mehr eigene Aktivität können wir dafür sorgen, dass sich kein
Politiker mehr traut, uns nur mit leeren Versprechungen abzuspeisen.

Und unsere eigene Aktivität fängt in den Betrieben an. Hinschauen statt

Wegschauen, unter welchen Bedingungen die Kolleginnen und Kollegen beschäftigt werden, das ist ein guter Anfang.

Auch bei Leiharbeitern und Beschäftigten von Subunternehmen und Werkvertragsfirmen nicht die Augen zu machen, sondern hinschauen und mit ihnen sprechen, wie sie behandelt werden!

Gemeinsam für bessere Bedingungen kämpfen.
Solidarisch mit anderen sein, die für dieselbe Sache eintreten, egal wo das ist, ist die Bedingung für unseren allgemeinen Erfolg.

Dann besinnen sich auch die Politiker irgendwann wieder darauf, wer sie eigentlich wählt.

Deshalb:

Sprecht mit Euren Kolleginnen und Kollegen.

Werbt sie für die Gewerkschaften.

Steht für Eure eigenen Arbeitsbedingungen auf.

Tretet braunen Rattenfängern entgegen.

Und tretet allen entgegen, die Euch weismachen wollen, die griechischen Arbeiter lebten auf Eure Kosten!

Denn es sind doch in Wirklichkeit die Millionäre aller Länder, die auf Kosten aller Arbeiter der Welt leben!

Solange wir uns spalten lassen, gewinnen die anderen.

Nur Solidarität kann das durchbrechen.

Solidarität ist und bleibt die Zärtlichkeit der Gewerkschaften.

Je mehr wir sind, desto mehr können wir dafür tun, dass wir unsere Ziele durchsetzen und die politischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigieren!

Wir können gemeinsam dafür kämpfen, dass alle Menschen in diesem Land eine faire Lebenschance bekommen.

Dafür, dass junge Menschen in Deutschland und in ganz Europa wieder anfangen, auf eine gute Zukunft zu vertrauen.

Der erste Mai ist immer der internationale Kampftag der Arbeiter gewesen.

Mit uns demonstrieren heute viele Millionen Menschen.

In allen Ländern, in denen sie das dürfen, aber auch in vielen Ländern, in denen das verboten ist.

Manche unter Lebensgefahr.

Uns alle eint der Glaube an eine bessere Welt, die wir durch unsere eigene Hände Kraft schaffen.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass es bessere Einkommen für alle

Beschäftigten gibt!

Und anständige Sozialleistungen und Perspektiven für die, die keine Arbeit haben oder nicht mehr arbeiten können.

Und das in ganz Europa.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen.

So wie es in unserer Arbeiterbewegung gute Tradition ist:

Mutig, entschlossen und selbstbewusst!

Wenn wir zusammen halten, können wir viel schaffen.

In diesem Sinne:

Glück auf! &

Hoch die internationale Solidarität!